



Jahresbericht 2020 der Eidgenössischen Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (EKSJN)

1. Zusammenfassung der Aktivitäten

Im Januar 2020 hat die neue Eidgenössische Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nicht übertragbarer Krankheiten (EKSJN) ihre Arbeit aufgenommen. Sie hat die drei Vorgängerkommissionen in den Bereichen Alkoholprävention (EKAL), Tabakprävention (EKTP) und Sucht (EKSF) abgelöst.

Mit der neu konstituierten Kommission möchte der Bundesrat im Suchtbereich mehr Synergien schaffen. Dabei sollen auch Querschnittsthemen wie Ethik oder Chancengleichheit berücksichtigt werden. Die themenspezifische, enge Zusammenarbeit innerhalb einer einzigen Kommission kann die Qualität der Kommissionsarbeit fördern und die Chancen für eine erfolgreiche Umsetzung von allfälligen Massnahmen erhöhen. Die Zusammenlegung der drei bisherigen Kommissionen wird auch als Chance für eine kohärente Politik im Sinn der beiden nationalen Strategien Sucht und NCD erachtet.

Die EKSJN zählt 20 Mitglieder, 11 Frauen (55%) und 9 Männer (45%), aus den verschiedenen Landesteilen (Deutsch: 65%, Französisch: 25%, Italienisch: 10%;).¹ Die für Ende März 2020 geplante erste Plenumsitzung musste wegen des «Lockdowns» abgesagt werden. Die Mitglieder trafen sich zwei Mal zu einer ganztägigen Plenumsitzung. Die dritte Plenumsitzung Ende Jahr wurde Corona-bedingt online durchgeführt.

Die Kommission hat ihre Themenschwerpunkte definiert und eine Legislaturplanung erstellt. In den letzten Monaten hat sich die EKSJN zudem aus aktuellem Anlass der Tabakprävention mit folgenden Stellungnahmen gewidmet:

- **Ämterkonsultation zur Botschaft des Bundesrates zur Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung»**

Mit Bedauern hat die EKSJN zur Kenntnis genommen, dass der Bundesrat die eidgenössische Volksinitiative ablehnen möchte. Die EKSJN fordert ein umfassendes Verbot aller Formen von Tabakwerbung für alle Altersgruppen und kann darum den Bundesrat in seiner Ablehnung der eidgenössischen Volksinitiative "Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung" nicht unterstützen. Der Bundesrat argumentiert, dies werde mit dem neuen Tabakproduktegesetz ebenfalls umgesetzt. Allerdings ist dies nicht gesichert, vielmehr stehen die politischen Zeichen bisher gegen ein umfangreiches Werbeverbot.

- **Konsultationsverfahren TPF-Strategie**

Die EKSJN begrüsst die Bestrebungen des Tabakpräventionsfonds, die für ihn massgebenden nationalen Strategien NCD und Sucht für den Bereich der Tabakprävention zu konkretisieren. Insbesondere begrüsst die Kommission, dass die kommerziellen Determinanten des Tabakkonsums und die strukturelle Prävention betont werden. Sie stellt jedoch die Frage, ob Tabakprodukte und tabakfreie, nikotinhaltige Produkte gleichbehandelt werden sollen, denn tabakfreie, nikotinhaltige Produkte können für Raucherinnen und Rauchern eine schadensmindernde Wirkung haben und/oder

¹ Die Kommission deckt zusätzlich folgende Landessprachen ab: Deutsch 60%, Französisch 25%, Italienisch 10% und Rätoromanisch 5%.

eine Ausstiegsmöglichkeit aus dem Tabak- und möglicherweise auch dem Nikotinkonsum eröffnen. Darum muss aus Sicht der EKSAN unabhängige Forschung zu Schadensminderung beim Tabak weiterhin über den TPF finanziert werden. In der Strategie bleibt unklar, welche tabakfreien, nikotinhaltigen Produkte (medizinische und nicht-medizinische) aus Sicht des Tabakpräventionsfonds als geeignet erachtet werden, um eine Reduktion des Risikoverhaltens von Raucherinnen und Rauchern im Sinne einer Schadensminderung zu unterstützen. Die EKSAN ist der Ansicht, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener Zielgruppen in der Strategie des Tabakpräventionsfonds zu wenig berücksichtigt werden.

- **Stellungnahme z.Hd. der SGK-N für ein starkes Tabakproduktegesetz**

Die EKSAN verlangt im Namen der öffentlichen Gesundheit wirksame Regelungen im neuen Tabakproduktegesetz, die es der Schweiz ermöglichen, das WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums zu ratifizieren. In der [Stellungnahme](#) z.Hd. der SGK-N führt sie aus, welche Massnahmen für ein starkes Tabakproduktegesetz notwendig sind. Zum Beispiel fordert die EKSAN ein vollständiges und umfassendes Verbot von Werbung, Promotion und Sponsoring für Tabakprodukte und alternative Produkte (elektronische Zigaretten oder Verdampfer, erhitzte Tabakprodukte, Tabakprodukte zum oralen Gebrauch) sowie ergänzend dazu die Einführung von Einheitspackungen (Plain Packaging). Zudem unterstützt die EKSAN beispielsweise, dass das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen auch für den Gebrauch von erhitzten Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten gilt.

Die EKSAN konnte ihre Stellungnahme auf Einladung der Kommissionspräsidentin am Hearing der SGK-N zum Tabakproduktegesetz präsentieren.

2. Blick in die Zukunft: welchen Themen wird sich die EKSAN widmen?

Vor dem Hintergrund des hohen, vielfältigen Auftretens von Suchterkrankungen in der Bevölkerung stehen für die EKSAN wichtige Diskussionen über die Zukunft der schweizerischen Suchtpolitik an. Darunter fallen Themen der Schadensminderung, wie zum Beispiel Alternativprodukte zum Zigarettenkonsum, Implementierung neuer Evidenzen aus der Suchtforschung in die Suchtbehandlung sowie substanz- und suchtförmübergreifende Lösungsansätze im Umgang z.B. mit Verhaltenssuchten oder Mischkonsum. Älter werdende Suchtbetroffene, eine Bevölkerungsgruppe, die grösser wird, braucht eine erhöhte Aufmerksamkeit und entsprechende Massnahmen. Weitere Brennpunkte sind die stärkere Zusammenarbeit und Koordination zwischen Sozialwesen, Gesundheitswesen und Justiz im Suchtbereich sowie die Bedeutung der Vier-Säulen-Suchtpolitik.

Die Themenvielfalt ist dementsprechend komplex. Die Kommission hat eine erste Auslegeordnung gemacht und diese übergeordneten Themenbereiche bezeichnet, in denen Antworten auf aktuelle und künftige Herausforderungen erwartet werden:

- einerseits den Bereich der Regulierung mit einem umfassenden, substanz- und suchtförmübergreifenden Ansatz; einen gesonderten Fokus legt die Kommission aus aktuellem Anlass auf die Regulierungsmöglichkeiten von Cannabis.
- andererseits die integrierte Versorgung mit einem besonderen Augenmerk auf Angebotslücken.
- Ferner erarbeitet die Kommission aktuell eine gemeinsame Grundhaltung, welche als Leitlinie für nachfolgende Arbeiten dienen soll.

3. Die Mitglieder der EKS

Weishaupt Matthias	Präsident
Abderhalden, Irene	Fachhochschule Nordwestschweiz, Mitglied
Auer Reto	Institut für Hausarztmedizin, Uni Bern, Centre universitaire de médecine générale et santé publique, Universität Lausanne, Mitglied
Bachmann Christian	Amt für soziale Sicherheit, Kanton Solothurn, Mitglied
Beutler Thomas	Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz, Mitglied
Bouvier Gallacchi Martine	Servizio di promozione e di valutazione sanitaria dell'Ufficio del medico cantonale, Ticino, Mitglied
Bréchet Bachmann Anne-Claire	Service de Médecine Pénitentiaire, Hôpitaux Universitaires Genève, Mitglied
Broers Barbara	Service de Médecine de Premier Recours, Hôpitaux Universitaires Genève, Co-Vizepräsidentin, Mitglied
Dressel Holger	Abteilung für Arbeits- und Umweltmedizin, Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention, Universität Zürich, Mitglied
Galgano Lucia	Schweizerische Koordinations- und Fachstelle Sucht Infodrog, Mitglied
Herdener Marcus	Zentrum für Abhängigkeitserkrankungen, Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, Mitglied
Knocks Stefanie	Fachverband Sucht, Mitglied
Lischer Suzanne	Kompetenzzentrum Prävention und Gesundheit, Hochschule Luzern –Institut Sozialmanagement, Sozialpolitik und Prävention, Mitglied
Poespodihardjo Renanto	Zentrum für Abhängigkeitserkrankungen, Abteilung Verhaltenssuchte, Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel, Mitglied
Salis Gross Corina	Public Health Services, Institut für Sucht- und Gesundheitsforschung, Universität Zürich, Mitglied
Schneider Christian	Kantonspolizei Zürich, Kriminalpolizeiliches Datenmanagement, Co-Vizepräsident
Sprecher Franziska	Zentrum für Gesundheitsrecht und Management im Gesundheitswesen, Universität Bern, Mitglied
Wolf Julia	Institut für Bio- und Medizinethik, Universität Basel, Mitglied
Zobel Frank	Addiction Suisse, Mitglied
Zürcher Karin	Centre universitaire de médecine générale et santé publique, unisanté, canton de Vaud, Mitglied